

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Gerrit Hoekman

03.11.2020

Israel will Hilfszahlungen an Angehörige von palästinensischen Gefängnisinsassen verbieten lassen

Israel will Sanktionen und Strafen gegen Banken verhängen, die Zahlungen von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) an die Familien von Palästinensern abwickeln, die in israelischen Gefängnissen sitzen oder inhaftiert waren. Das meldete die palästinensische Nachrichtenagentur Maan am Donnerstag unter Berufung auf israelische Medien. Die Sanktionen sollen demnach ab dem 30. Dezember in Kraft treten.

Die Regierung will damit sämtliche Überweisungen unterbinden, die dazu dienen, den Lebensunterhalt der Familien von Gefangenen zu sichern. Tel Aviv sieht das anders: »Diese Zahlungen sind Teil der systematischen und organisierten Aktivitäten von Terrororganisationen zur Intensivierung von Terroranschlägen und zur Belohnung von Gefangenen und ihren Familien«, zitierte die israelische Jerusalem Post Verteidigungsminister Benjamin Gantz am 6. Oktober.

Das entsprechende Militärdekret wurde bereits am 9. Februar von seinem Amtsvorgänger Naftali Bennet unterzeichnet. »Jede Person, die eine Transaktion mit Vermögenswerten, einschließlich Geld, durchführt, um eine Person für die Durchführung terroristischer Straftaten zu unterstützen, weiterzufinanzieren oder zu belohnen, begeht selbst eine Straftat, die mit zehn Jahren und einer erheblichen Geldstrafe bestraft wird«, heißt es darin laut dem Onlineportal Middle East Monitor am Freitag.

Demnach wären also nicht nur die Banken, sondern auch deren Angestellte betroffen. Tel Aviv nimmt sich auch das Recht heraus, notfalls das Geld zu konfiszieren. Für die Palästinensische Autonomiebehörde wäre das ein klarer Verstoß gegen ihre Finanzhoheit. Sie überlegt nun offenbar, eine eigene Staatsbank zu gründen.

Gantz hatte das Dekret mehrfach verschoben, wohl aus Sorge, dass die durch den »Friedensplan« von US-Präsident Donald Trump und die israelischen Annexionsabsichten ohnehin angespannte Lage auf der Westbank endgültig explodieren könnte. Einen Vorgeschmack gab es im Mai, nachdem die jordanische Cairo Amman Bank den Familien der Gefangenen mitgeteilt hatte, sie sollten sich eine andere Bank suchen, wie die Nachrichtenagentur AP berichtete. Einige ihrer Filialen wurden daraufhin mit Molotowcocktails angegriffen. Die Palästinenser fürchten, die anderen 13 Bankhäuser, die auf der Westbank aktiv sind, könnten dem Beispiel der Cairo Amman Bank folgen.

»Nach unseren Aufzeichnungen gibt es 12.000 Stipendien«, sagte Kadura Fares, Vorsitzender des Palestinian Prisoners Club, im Mai gegenüber AP über die Zahlungen. »Dieser drakonische Schritt wird für viele Familien das Todesurteil sein, weil dieses Stipendium ihre einzige wirtschaftliche Lebensader ist.« Palästinenser, die mehr als fünf Jahre in einem israelischen Gefängnis gesessen haben, bekommen laut Fares aus dem Fonds monatlich 600 Euro, bis sie eine Arbeit gefunden haben. Ihm zufolge widerspricht das Dekret israelischen Gesetzen: »Ein freigelassener Gefangener hat seine Strafe abgesessen. Warum also muss er daran gehindert werden, seine Unterstützung zu erhalten?«

Wie Middle East Monitor am Mittwoch berichtete, wollen mehrere israelische Abgeordnete jedoch noch einen Schritt weitergehen. Auf Initiative von Avi Dichter, Abgeordneter der rechten Regierungspartei Likud, brachten 18 Abgeordnete einen Gesetzesvorschlag im Parlament ein, der vorsieht, allen palästinensischen Gefangenen, die diese besitzen, die israelische Staatsbürgerschaft zu entziehen, sofern sie Geld von der Palästinensischen Autonomiebehörde erhalten.